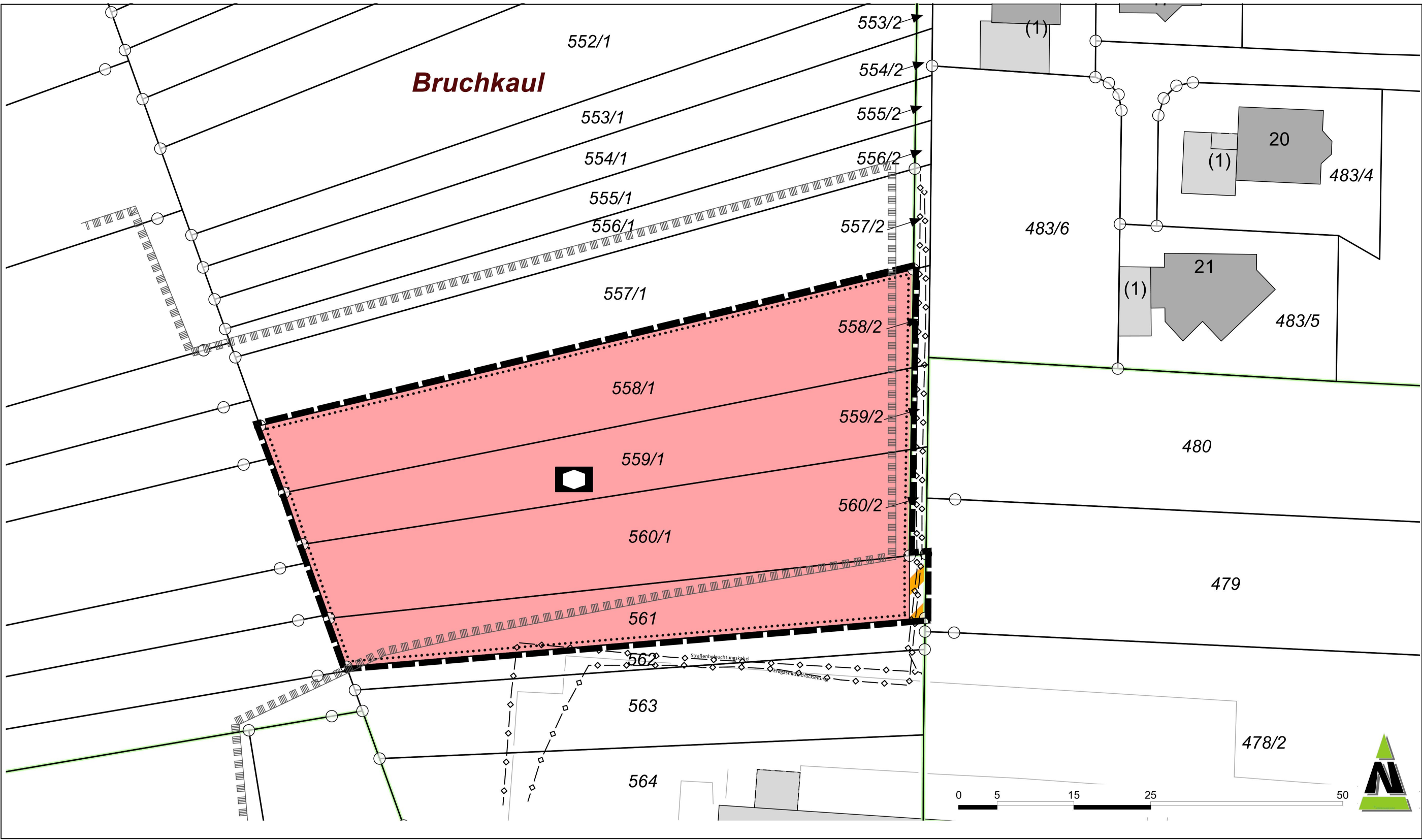


Bebauungsplan "Neubau Kindergarten Primshalle"

Gemeinde Schmelz/ Ortsteil Schmelz-Außen



Teil A: Planzeichnung



Planzeichenerläuterung nach BauGB i.V.m. BauNVO und PlanZO 1990

Gemeinbedarf, Sport- und Spielanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 6 BauGB)

Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen hier: Kindergarten / Kindertagesstätte

Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

Fuß- und Radweg

Unterirdische Versorgungsanlagen und -leitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)

hier: Erdgasmitteldruckleitung und Straßenbeleuchtungskabel

Schutz, Pflege, Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzrechtes hier: geschützte Biotope gem. § 30 BNatSchG

Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Teil B: Textteil

Festsetzungen gem. § 9 BauGB i.V.m. BauNVO

- 1. Art der baulichen Nutzung** (§ 9 Abs. 1 Nr.1 BauGB und §§ 1 - 15 BauNVO)
- 1.1 Flächen für den Gemeinbedarf** (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB), siehe Planzeichnung
- Im Bebauungsplan wird eine Fläche für Gemeinbedarf festgesetzt. Innerhalb der Fläche für Gemeinbedarf sind zulässig:
- eine Kindertagesstätte / Kindergarten sowie bauliche Anlagen die im Zusammenhang mit der Errichtung und des Betriebs einer Kindertagesstätte bzw. eines Kindergartens stehen. Hierzu zählen Gruppenräume, Mehrzweckräume, Funktionsräume, Bistro, Nebenräume, Verwaltungsräume, Sozialräume, Sanitärräume, Spielplatz, etc
 - Stellplätze mit ihren Zufahrten
 - Weitere Nebenanlagen, wie z.B. Spielgeräte und Spielhäuser
- 2. Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung** (§ 9 Abs.1 Nr. 11 BauGB), siehe Planzeichnung, Der Fußweg zwischen Heidestraße und Primshalle wird im Bereich, in dem er als Plangebiet tangiert, als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung, hier: Fuß- und Radweg, festgesetzt.
- 3. Führung von unterirdischen Versorgungsanlagen und -leitungen** (§ 9 Abs.1 Nr. 13 BauGB) siehe Planzeichnung, Hier: Erdgasmitteldruckleitung der energis GmbH Hier: Straßenbeleuchtungskabel der energis GmbH
- 4. Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen** § 9 Abs.1 Nr. 25a BauGB) siehe Planzeichnung
- Begrünung der Freiflächen auf der Fläche für Gemeinbedarf**
- Die Freiflächen auf der Fläche für Gemeinbedarf, die nicht als befestigte Hofflächen benötigt werden, sind parkähnlich durch einen Wechsel von Wiesen und Gehölzflächen zu gestalten. Der Gehölzanteil auf den Freiflächen muss hier bei mindestens 20% betragen.
- Stellplatzbegrünung**
- Alle Stellplätze sind zu begrünen. Hierzu ist pro 4 oberirdischer Stellplätze mindestens ein standortgerechter Laubbaumhochstamm gemäß Pflanzliste / Artenliste (Pflanzqualität: 3xv, StU 16/18) anzupflanzen, dauerhaft zu erhalten und bei Abgang nachzupflanzen.
- Für alle Pflanzmaßnahmen sind die einschlägigen DIN-Normen zu beachten und es sind gebietsheimische Gehölze mit der regionalen Herkunft „Westdeutsches Bergland und Oberrheingraben“ (Region 4) nach dem „Leitfaden zur Verwendung gebietseigener Gehölze“ (BMU, Januar 2012) zu verwenden. Eine Auswahl geeigneter standortgerechter Gehölze stellt die im Folgenden aufgeführte Liste beispielhaft dar:
- Pflanzliste:**
- Berg-Ahorn (Acer pseudoplatanus)
Spitz-Ahorn (Acer platanoides)
Feld-Ahorn (Acer campestre)
Vogel-Kirsche (Prunus avium)
Winter-Linde (Tilia cordata)
Sommer-Linde (Tilia platyphyllos)
Hainbuche (Carpinus betulus)
Silber-Weide (Salix alba)Bruch-Weide (Salix fragilis)
- Pflanzliste Sträucher**
- Schlehe (Prunus spinosa)
Zweigfrüchtiger Weißdorn (Crataegus laevigata)
Eingriffeliger Weißdorn (Crataegus monogyna)
Hasel (Corylus avellana)
Schwarzer Holunder (Sambucus nigra)
Hundsrose (Rosa canina)
- Pflanzqualität**
- Zur schnelleren Wirksamkeit der Ausgleichspflanzungen im Sinne einer besseren Einbindung des Planungsraumes ins Landschaftsbild werden folgende Mindestqualitätsstandards an die Pflanzungen gestellt:
- Hochstämme / Stammbüsche: 2xv, StU 10-12 cm
 - Heister: 2xv, ab 100 m
 - Sträucher: 2 Tr; ab 60 cm
 - Stellplatzbäume: Mindesthöhe 2,50 m
- Erfolgte Anpflanzungen unterliegen der Bindung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB.
- 5. Zuordnung von Flächen oder Massnahmen zum Ausgleich** (§ 9 Abs. 1 a BauGB)
- Für den vorliegenden Bebauungsplan werden externe Ausgleichsmaßnahmen erforderlich, Neben dem Ausgleich des durch den Eingriff verursachten Defizits wird gleichzeitig ein zeitlich vorgezogener räumlich funktionaler Ausgleich für die in Anspruch genommenen geschützten Biotope gemäß § 30 BNatSchG und Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie (FFH-LRT) notwendig.

- Den Grundstücken im Bebauungsplan wird folgende externe Ausgleichsmaßnahme zugeordnet.
- Gemarkung: Bettingen
Flur: 16
Parzelle: 237/2
Ausgleichsfläche: **A1**
Flächengröße: 5.218 qm
- Geplante Ausgleichsmaßnahme:**
- Entwicklung einer mageren Flachland-Mähwiese, Lebensraumtyp 6510 nach Anhang I der FFH-Richtlinie mit dem Erhaltungszustand A
- 6. Räumlicher Geltungsbereich** (§ 9 Abs.7 BauGB)
- Die genauen Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans sind der Planzeichnung zu entnehmen.

Nachrichtliche Übernahme gem. § 9 Abs. 6 BauGB

- Schutzstreifen Leitungen:**
- Nach geltenden DVGW- und VDE-Richtlinien müssen zu den Versorgungsleitungen die geltenden Schutzabstände eingehalten werden. Die Schutzstreifenbreite beträgt 1,0 m (jeweils 0,5 m beiderseits der Kabeltrasse) bei dem Straßenbeleuchtungskabel und 1,0 m (jeweils 0,5 m beiderseits der Leitungstrasse) bei der Erdgasversorgungsleitung.
- Kabel- und Leitungstrassen dürfen nicht überbaut bzw. bepflanzt werden und müssen jederzeit zum Zwecke der Inspektion, Wartung und Instandsetzung frei zugänglich sein. Alle geplanten Einzelmaßnahmen im Bereich unserer Anlagenteile, insbesondere Gelände niveaueveränderungen oder Anpflanzungen, bedürfen der Zustimmung der energis-Netzgesellschaft mbH, Saarbrücken.
- Wasserschutzgebiet 34 "Hüttersdorf / Bettingen"**
- Das Plangebiet befindet sich innerhalb der Schutzzone III des mit Verordnung vom 22.01.1990 festgesetzten Wasserschutzgebietes C 34 „Hüttersdorf / Bettingen“.
- Die in der Wasserschutzgebietsverordnung festgelegten Verbote und genehmigungspflichtigen Handlungen sind in der Bebauungsplanumsetzung zu beachten.
- Im Zusammenhang mit der Wasserschutzgebietsverordnung sind darüber hinaus folgende Richtlinien und Regelwerke zu beachten:
- ☐ das DVGW Regelwerk Technische Regel Arbeitsblatt W 101 „Richtlinie für Trinkwasserschutzgebiete“
 - ☐ das Regelwerk A 142 der Abwassertechnischen Vereinigung „Abwasserkanäle und -leitungen in Wassergewinnungsgebieten“
 - ☐ RStWag „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten“
 - ☐ Verordnung über die Versickerung von Niederschlagswasser in Wasserschutzgebieten
 - ☐ Brunnenbohrungen sowie Erdwärmesonden sind nicht erlaubnisfähig. Die Erlaubnisfähigkeit von Erdwärmekollektoren ist im Einzelfall zu prüfen.
 - ☐ Für die Ausführung vorgesehener Sauberkeits-, Trag- oder Dränschichten, für die Verfüllung von Arbeitsräumen (Kanalgräben, Baugruben usw.) sowie für den Unter- und Oberbau von Verkehrs und Parkflächen darf nur Material verwendet werden, das keine auslaugbaren wassergefährdenden Bestandteile enthält (geeignetes Naturmaterial) bzw. Material, das der Einbauklasse O der LAGA Mitteilung M20 (Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen Stand, September 2005) entspricht.
 - ☐ Gemäß § 3 Abs. 1 Ziffer 17 der WSG-VO sind Erdaufschlüsse, durch die die Deckschichten wesentlich vermindert werden, vor allem wenn das Grundwasser ständig oder zu Zeiten hoher Grundwasserstände aufgedeckt oder eine schlecht reinigende Schicht freigelegt wird und keine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwassers vorgenommen werden kann, verboten und bedürfen gegebenenfalls. einer entsprechenden Befreiung.
- Biotope gem. § 30 BNatSchG**
- Innerhalb des Plangebietes befinden sich folgende nach § 30 BNatSchG geschützte Biotope
- ☐ Biotop GB-BT-6507-07-0248, FFH-Lebensraumtyp 6510 „Magere Flachlandmähwiese“
- Für die Inanspruchnahme der gem. 30 BNatSchG i.V.m. § 22 SNG geschützten Biotope wurde eine Ausnahme genehmigung bei der zuständigen Oberen Naturschutzbehörde des Saarlandes zu beantragen, die positiv beschieden wurde.

Hinweise

- Bodendenkmäler**
- Die Anzeigepflicht und das befristete Veränderungsverbot bei Bodenfunden nach dem saarländischen Denkmalschutzgesetz sind zu beachten.
- Grundwasserschutz**
- Der Geltungsbereich des genannten Bebauungsplans befindet sich innerhalb eines gemäß LEP Umwelt ausgewiesenen Vorranggebietes für den Grundwasserschutz.
- In Vorranggebieten für den Grundwasserschutz ist das Grundwasser im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung vor nachteiligen Einwirkungen zu schützen. Eingriffe in die schützenden Deckschichten sind zu vermeiden.
- Baumaßnahmen, die das Grundwasser nachteilig verändern können, in das Grundwasser bzw. in den Grundwasserleiter eingreifen sowie die schützenden Deckschichten oberhalb des Grundwasserleiters entfernen oder wesentlich vermindern sind durch einen hydrogeologischen Gutachter zu begleiten.
- Rodungs- und Rückschnittarbeiten**
- Nach § 39 Abs. 5 Punkt 2 BNatSchG ist es verboten, Bäume, die außerhalb des Waldes, von Kurzumtriebsplantagen oder gärtnerisch genutzten Grundflächen stehen, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September abzuschneiden, auf den Stock zu setzen oder zu beseitigen; zulässig sind schonende Form- und Pflegeschnitte zur Beseitigung des Zuwachses der Pflanzen oder zur Gesunderhaltung von Bäumen.
- Insektenfreundliche Beleuchtung**
- Im Sinne des Artenschutzes sind insekten- und fledermausfreundliche Beleuchtungen im Außenbereich zu wählen. Für eine insektenfreundliche Beleuchtung sind möglichst Leuchtmittel mit einem engen Spektralbereich (570 bis 630 nm) zu verwenden, die nur eine geringe Insektenanziehung bewirken. Zu den marktüblichen Leuchtmitteln zählen insbesondere Natriumdampflampen („Gelblichtlampen“) wie auch LED-Lampen mit warmweißen Lichtfarben (Farbtemperaturen 2700 bis 3300 Kelvin). Blendwirkungen sind durch geschlossene Gehäuse zu unterbinden. Lichtkegel sind nach unten auszurichten.
- Bodenschutz**
- Zur Sicherstellung eines fachgerechten Umgangs mit dem Schutzgut Boden bei der Bauausführung sind die einschlägigen technischen Normen für Bodenarbeiten und den baubegleitenden Bodenschutz (DIN 18915, 19639, 19731) zu beachten.

Gesetzliche Grundlagen

- Bund:**
- Raumordnungsgesetz vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 3. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2694).
- Land:**
- Saarländisches Landesplanungsgesetz (SLPG), Gesetz Nr. 1731 vom 18. November 2010 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2599), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Februar 2019 (Amtsbl. I S. 324).

- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 8. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1726).
- Plansicherstellungsgesetz vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) geändert worden ist.
- Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802).
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802).
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901).
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) Artikel 1 Gesetz vom 29. Juli 2009 BGBl. I S. 2542 (Nr. 51); zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3908).
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901).
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten. (Bundes-Bodenschutzgesetz BBodSchG) Artikel 1 des Gesetzes vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306).
- Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), zuletzt geändert durch Artikel 126 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328).
- Kommunalselbstverwaltungsgesetz (KSVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes S. 682), zuletzt geändert durch Artikel 60 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629).
- Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz SNG), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1592 zur Neuordnung des Saarländischen Naturschutzrechts vom 05. April 2006 (Amtsblatt des Saarlandes S. 726), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 12. Mai 2021 (Amtsbl. I S. 1491).
- Saarländisches Wassergesetz (SWG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1994), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Februar 2019 (Amtsbl. I S. 324).
- Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDSchG), Artikel 3 des Gesetzes Nr. 1946 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzes vom 13. Juni 2018 (Amtsblatt des Saarlandes 2018 S. 358).
- Landesbauordnung (LBO), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1544 zur Neuordnung des Saarländischen Bauordnungs- und Bauberufsrechts vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16. März 2022 (Amtsbl. I 2. 648).
- Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (SBodSchG) - Saarländisches Bodenschutzgesetz vom 20. März 2002 (Amtsblatt des Saarlandes S. 990) zuletzt geändert durch Art.10 Abs.3 i.V.m. Art.14 des Gesetzes Nr.1632 zur Reform der saarländischen Verwaltungsstrukturen vom 21. November 2007 (Amtsblatt des Saarlandes S.2393).

Verfahrensvermerke

Aufstellungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Schmelz hat in seiner Sitzung am 19.05.2022 die Aufstellung des Bebauungsplans "Neubau Kindergarten Primshalle" im Gemeindebezirk Schmelz beschlossen (§ 2 Abs.1 BauGB).

Der Aufstellungsbeschluss wurde am 24.06.2022 durch Veröffentlichung im amtlichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Schmelz ortsüblich bekannt gemacht.

Schmelz, den **24.06.2023**

Der Bürgermeister

Beteiligungsverfahren

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde vom 04.07.2022 bis 05.08.2022 durchgeführt (§ 3 Abs. 1 BauGB).

Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 29.06.2022 frühzeitig von der Planung unterrichtet (§ 4 Abs.1 BauGB).

Der Rat der Gemeinde Schmelz hat in seiner Sitzung am 20.10.2022 den Entwurf des Bebauungsplans mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

Der Entwurf des Bebauungsplans hat mit der Begründung in der Zeit vom 14.11.2022 bis einschließlich 16.12.2022 während der Dienststunden öffentlich auslegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, wurden am 04.11.2022 durch Veröffentlichung im Amtlichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Schmelz ortsüblich bekannt gemacht. Hierbei wurde darauf hingewiesen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben können.

Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten.

Schmelz, den **27.08.2023**

Der Bürgermeister

Satzungsbeschluss

Der Bebauungsplan "Neubau Kindergarten Primshalle" wurde in der öffentlichen Sitzung am 09.02.2023 vom Rat der Gemeinde Schmelz als Satzung beschlossen. Die Begründung wurde gebilligt. (§ 10 Abs. 1 BauGB)

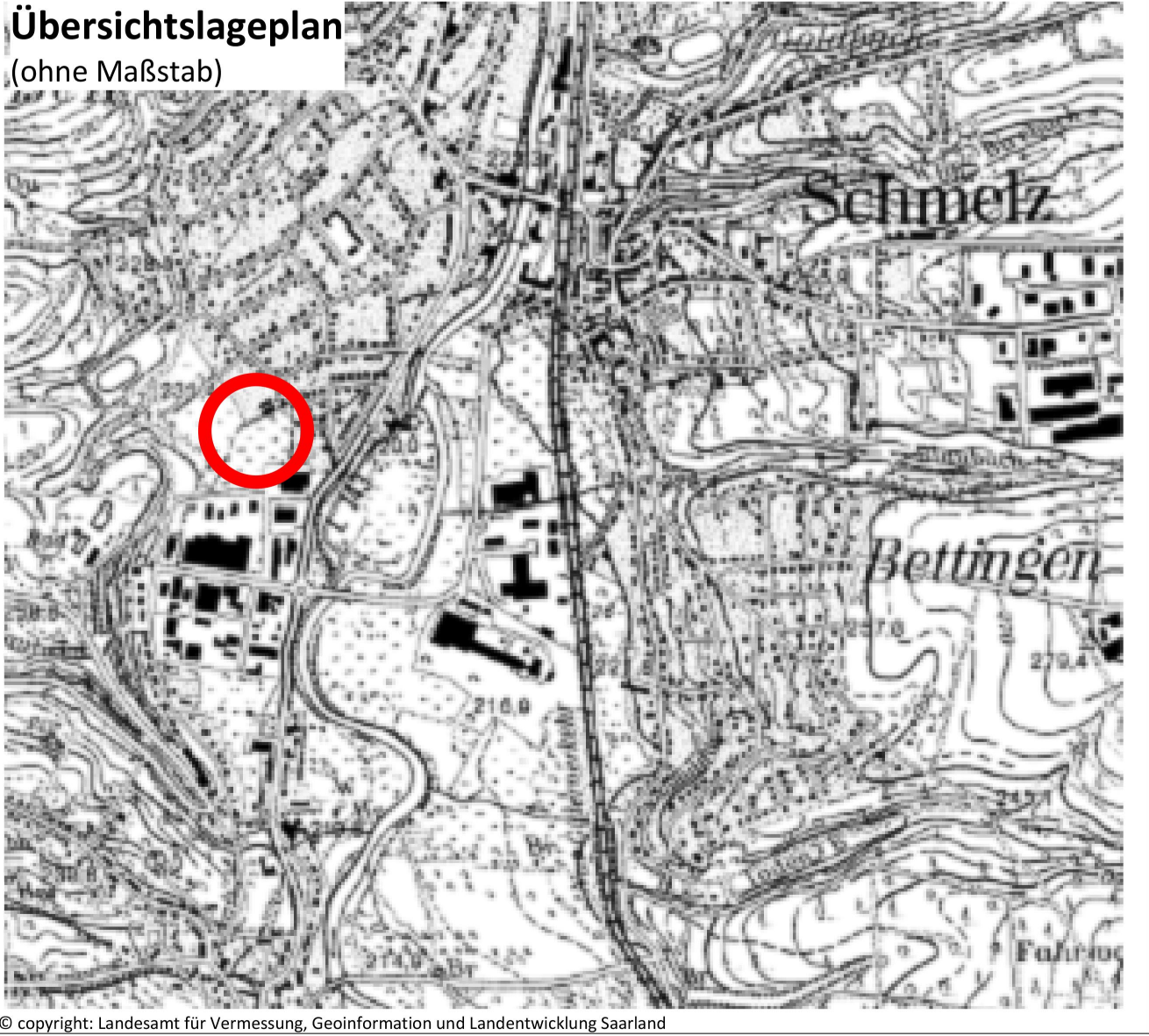
Ausfertigung

Die Satzung des Bebauungsplans "Neubau Kindergarten Primshalle" wird hiermit ausfertigt:

Schmelz, den **09.02.2023**

Der Bürgermeister

Übersichtslageplan (ohne Maßstab)



Maßstab	Projektbezeichnung	Planformat
1 : 500	SMZ-BP-KIND-22-006	585 x 770 mm
Verfahrensstand	Datum	Bearbeitung
Satzung	09.02.2023	M.Sc. S. Morreale

Gemeinde Schmelz / Ortsteil Schmelz-Außen

Bebauungsplan "Neubau Kindergarten Primshalle"